Diese Politik ist zum Scheitern verurteilt. Denn sie ist ein Bärendienst für den Klimaschutz und für den Erhalt unserer lebenswerten Heimat. Und sie ist letztlich in ihrer Einseitigkeit gegen die wirtschaftlichen Lebensgrundlagen und Wohlstandssicherung der Menschen gerichtet.

- Sie gefährdet Arbeitsplätze, regionale Wertschöpfungsketten und die Versorgung mit dem klimafreundlichsten aller Rohstoffe – unserem heimischen Holz.
- Sie will die Entwaldung in der Welt bekämpfen (EUDR) und setzt dafür die Zukunft unserer eigenen heimischen Wälder aufs Spiel – indem sie ein „Bürokratiemonster" schafft, das den dringend notwendigen Aufbau und die Pflege klimafester Wälder ausbremsen wird.
- Sie gefährdet damit unsere Heimat, unsere Lebensgrundlagen, unsere Lebensräume und letztlich sogar die Biodiversität, der sie sich so einseitig verschrieben hat.

Wir fordern eine europäische Politik, die unseren Waldbesitzern bei der aktiven und nachhaltigen Bewirtschaftung und Pflege ihrer Wälder unter die Arme greift. Eine Politik, die an den Erfordernissen der Wälder und an den Nöten der Menschen, die sie pflegen, ausgerichtet ist. Anstatt sie durch immer neue überzogene Vorgaben zu gängeln und damit im Glauben an die europäische Idee zu erschüttern, muss Brüssel ihnen endlich Vertrauen entgegenbringen. Eine Politik, die sich am Grundsatz der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit orientiert. Nur mit den Waldbesitzern und nicht gegen sie sichern wir klimastabile, zukunftsfähige Wälder im Interesse der gesamten Gesellschaft.

Es ist Zeit für einen Kurswechsel:

- Dafür müssen die **Waldbesitzer mit am Tisch** sitzen. Wir fordern daher eine umfassende Einbindung im Rahmen eines **strukturierten Dialogs** für **die aktive, nachhaltige Waldbewirtschaftung** und ein klares Bekenntnis der Europäischen Kommission, dass Entscheidungsprozesse dahingehend optimiert werden müssen.
- Um **kurzfristig** auch **weitere Belastungen abzuwenden,** muss umgehend eine **Revision der Entwaldungsverordnung** vorgelegt werden. Unklarheiten und Rechtsunsicherheiten müssen rasch ausgeräumt werden, damit diese Verordnung nicht zu einem Belastungspaket für die Forstwirtschaft wird. Die Eindämmung der globalen Entwaldung und Waldschädigung kann nicht mit bürokratischer Schikane **gegen** die vielen **Waldeigentümer** in Österreich und Bayern erreicht werden.

Salzburg, am 8. März 2024

Michaela Kaniber

Bayerische Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

Norbert Totschnig

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft der Republik Österreich